

1 Beschluss vom Landesausschuss der CDU Hamburg am 5.10.2016

2 **Hamburg – den Industrie- und Wirtschaftsstandort sichern und stärken**

3 Der Wirtschaftsstandort Hamburg ist nicht nur für den Wohlstand der Stadt, sondern für die Ent-
4 wicklung der gesamten Metropolregion mit ihren rund fünf Millionen Einwohnern von großer Be-
5 deutung. Geht es Hamburg gut, profitiert davon der gesamte norddeutsche Raum. Lange war
6 Hamburg ein starker Motor für diese Region. Seit SPD und Grüne gemeinsam den Senat stellen,
7 stottert dieser Motor spürbar. Die Produktivität der Hamburger Wirtschaft (gemessen als reales
8 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätiger) hat bspw. immer noch nicht den Stand von 2008, also dem
9 Jahr vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, erreicht. Ganz anders sieht das beispielswei-
10 se in Bundesländern wie Bayern oder Sachsen aus. Beim Wohlstand (gemessen als reales Bruttoin-
11 landsprodukt je Einwohner) ist Ähnliches zu beobachten. Ganz konkret zeigt sich das aber auch an
12 den schrumpfenden Umschlagszahlen des Hafens. 2015 ist der Containerumschlag um 9,3 Prozent
13 im Vergleich zum Vorjahr auf nur noch 8,8 Mio. TEU zurückgegangen. Die Konkurrenzhäfen
14 Rotterdam (-0,5 Prozent) und Antwerpen (+7,4 Prozent) konnten ihren Containerumschlag stabil
15 halten bzw. sogar deutlich steigern. Neben dieser besorgniserregenden wirtschaftlichen Entwick-
16 lung muss Hamburg aber auch wichtige Rahmenbedingungen im Blick behalten. So spiegeln die
17 derzeit sehr niedrigen Zinsen nicht das Risiko der mit Krediten finanzierten Investitionen wider.
18 Gleichzeitig wird durch die geringen Zinsausgaben tendenziell ein zu positives Bild der Unterneh-
19 mens- und Staatshaushalte gezeichnet. Eine Zinserhöhung würde die Handlungsfähigkeit auf einen
20 Schlag erheblich einschränken und Investitionen in die Zukunft erschweren.

21 Um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Standortes Hamburg langfristig zu sichern, besteht
22 also zum jetzigen Zeitpunkt dringender Handlungsbedarf. Ziel der CDU ist es, den Wohlstand und
23 die Produktivität Hamburgs zu sichern und möglichst zu steigern, um dadurch Arbeitsplätze zu
24 schaffen, Steuereinnahmen zu generieren und so auch die Sozialsysteme stabil zu halten. Damit
25 bewegen wir uns in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses klare Bekenntnis zu unse-
26 rem Wirtschaftssystem und zum Wirtschaftsstandort Hamburg, das dem derzeitigen Senat leider
27 fehlt, fordern wir ein. Die Behördenleitung muss umdenken, wir brauchen in und für ganz Hamburg
28 eine neue Aufbruchsstimmung.

29 Die während der CDU-Regierungszeit entwickelte und erfolgreiche Clusterpolitik (Bildung von
30 ökonomischen Schwerpunktbereichen für Hamburg und Norddeutschland, in denen sich Wirt

31 schaft, Wissenschaft und Politik besser vernetzen können) ist für uns die Grundlage, auf der aufge-
32 baut werden muss. Die hier erhobenen Forderungen stellen deshalb eine Ergänzung dieser Clus-
33 terpolitik dar und legen den Fokus auf Querschnittsthemen, die für die gesamte Wirtschaft rele-
34 vant sind. Dies gilt insbesondere für den Mittelstand und das Handwerk, die traditionell das Rück-
35 grat der deutschen Wirtschaft bilden.

36

37 **Von der verwalteten zur ermöglichenden Stadt - Neue Impulse statt Bürokratie**

38 Mit der zentralen Lage, den vielfältigen Unternehmen und durch die Attraktivität der Stadt bietet
39 Hamburg schon heute Rahmenbedingungen, die sich sehr positiv für den Standort auswirken. Die-
40 se über Jahrzehnte gewachsenen Rahmenbedingungen reichen für die Zukunftsfähigkeit der Stadt
41 alleine jedoch nicht aus. Wir verpassen derzeit den Anschluss und haben in den letzten Jahren ins-
42 besondere in den Bereichen Hafen, IT-Wirtschaft und Finanzdienstleistungen erheblich verloren.
43 Wir brauchen neue Impulse, um im Konkurrenzkampf mit anderen Metropolen zu bestehen. Der
44 rot-grüne Senat versteht sich als Verwalter der Stadt – das ist zu wenig. Der Senat und die Ham-
45 burger Behörden müssen wirtschaftliche Tätigkeiten in der Hansestadt ermöglichen und nicht
46 künstlich erschweren. Konkret bedeutet das:

- 47 • **Grundverständnis ändern:** Die Hamburger Politik und Behörden müssen insgesamt zu
48 „Ermöglicern“ werden und sich als solche verstehen, anstatt als „Verhinderer“ wahrgে-
49 nommen zu werden. Es reicht nicht aus, eine Stadt zu verwalten. Es müssen Freiräume für
50 innovative und kreative Entwicklungen geschaffen werden.
- 51 • **Bürokratie abbauen:** Das Innovationsklima in der Stadt wird erheblich durch bürokratische
52 Hürden gestört. Es ist notwendig, dass der Senat in Abstimmungen mit Unternehmen und
53 öffentlichen Ämtern diese Hürden abbaut. Ein Modell dafür ist z.B., dass für jede neue Ver-
54 ordnung eine alte abgeschafft werden muss sowie neue Verordnungen und auch Gesetze
55 nur noch zeitlich begrenzt erlassen werden. Um gerade kleine und junge Unternehmen zu
56 entlasten, sollte zukünftig nach dem „One-Stop-Shop“-Prinzip nur noch ein einheitlicher
57 Ansprechpartner für alle Verwaltungsfragen zur Verfügung stehen.
- 58 • **Keine neuen Regulierungen:** Ansiedlungsbarrieren sind ein stärker werdendes Problem
59 für bestehende und neue Unternehmen. Technische Standards sind deshalb kritisch zu hin-
60 terfragen und an möglichen Stellen zu Gunsten der Ansiedlung neuer Betriebe auf ein ver-
61 nünftiges Maß herabzusetzen. Aus Sicht der CDU Hamburg geht es auch auf nationaler
62 und europäischer Ebene darum, aktiv gegen zusätzliche Regulierungen zu kämpfen. So sind
63 z.B. weitere Werbeverbote abzulehnen.

64 • **Steuern nicht erhöhen:** Die Gewerbesteuer in Hamburg ist im Vergleich zu anderen Bun-
65 desländern akzeptabel. Damit dies auch so bleibt, plädiert die CDU Hamburg dafür, die
66 Gewerbesteuer nicht weiter zu erhöhen. Gerade Familienunternehmen bereitet die Erb-
67 schaftsteuer viel größere Probleme. Es wäre ein großer Fehler, den Hamburger Mittel-
68 stand durch weitere Verschärfungen bei der Erbschaftsteuer zusätzlich zu belasten. Der
69 Senat muss hier im Bundesrat seiner Verantwortung gerecht werden und die Interessen
70 der Hamburger Unternehmen und damit zugleich der Hamburger Arbeitnehmer vertreten.

71

72 **Große Freiheit 2.0 – Innovationen fördern, Gründungen erleichtern**

73 Für die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sind innovative Produkte und Prozes-
74 se von großer Bedeutung. Das vom Hamburger Senat ausgegebene Ziel, bis 2020 Innovations-
75 hauptstadt zu werden, ist richtig. Von der Erreichung dieses Ziels ist der Senat aber weit entfernt.
76 Hamburg wird von vielen wichtigen Akteuren eher als Ort der Verhinderung von Innovationen
77 wahrgenommen.

78 Um diesen Ruf Hamburgs umzukehren und die Bedingungen für Innovationen und die Gründung
79 innovativer Unternehmen entscheidend zu verbessern, müssen sinnvolle Ansätze wie die Innovati-
80 onsallianz oder das Open-Data-Portal ausgebaut und neue, zusätzliche Maßnahmen ergriffen wer-
81 den. Dabei spielt die für Hamburg ohnehin wichtige Finanzindustrie eine große Rolle.

82 Um Hamburg tatsächlich zur Innovationshauptstadt zu machen, fordert die CDU Hamburg die
83 zügige und konsequente Umsetzung folgender Punkte:

- 84 • **Sonderwirtschaftszone einrichten:** Die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone („Große
85 Freiheit 2.0“) auf einem geeigneten Gelände, das von der Stadt zur Verfügung gestellt wird
86 und auf dem Verfahrenserleichterungen geschaffen werden, um Innovationen mehr Raum
87 für ihre Entwicklung zu geben. So könnte z.B. innerhalb des Hamburger Hafens ein geson-
88 dertes Gebiet für entsprechende Ziele ausgewiesen werden (z.B. das durch die HPA von
89 der HHLA zurückgekaufte Gelände des Überseezentrums). Dabei sind die Beihilfavorschrif-
90 ten der EU zu beachten. Außerdem soll in einer solchen Zone bei neu gegründeten Unter-
91 nehmen in den ersten fünf Jahren auf die Gewerbesteuer verzichtet werden. So werden An-
92 reize gesetzt, Gründer nach Hamburg zu holen. Junge Unternehmen können die eingespar-
93 te Gewerbesteuer in die Expansion investieren und so neue Arbeitsplätze schaffen.
- 94 • **Fonds für Risikokapital gründen:** Um den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern, ist ein
95 Zukunftsfonds zu gründen, der Privatpersonen und Unternehmen aus Hamburg die Mög-
96 lichkeit gibt, innovative und vielversprechende junge Unternehmen in der Region mit dem

97 notwendigen Risikokapital auszustatten. Ferner sollte die Bürgschaftsgemeinschaft Ham-
98 burg ausgebaut werden, um kleine und mittlere Unternehmen zu stärken.

99 • **Steuerliche Anrechnung vereinfachen:** Um die Bereitschaft zu erhöhen, in Start-Ups zu
100 investieren, muss die Politik einen Rahmen schaffen, in dem Verluste steuerlich geltend
101 gemacht und mit anderen Arten von Einkünften verrechnet werden können. Gewinne soll-
102 ten steuerfrei bleiben, solange sie nicht realisiert, sondern reinvestiert werden.

103 • **Weitere Förderung von Neugründungen ermöglichen:** Entrepreneurship muss stärker ge-
104 fördert werden. Innovative Ideen sind gerade dort zu finden. Das Wissen über die Grün-
105 dung eines eigenen Unternehmens ist jedoch nur selten vorhanden. Dies hat zur Folge,
106 dass die meisten Akademiker lieber in ein Unternehmen gehen, statt selbst eines zu grün-
107 den.

108 Die RWTH Aachen mit ihrer GründerStart-Initiative und weiteren Hilfen bei der Ausgrün-
109 dung von Unternehmen auf der Grundlage von Forschungsergebnissen oder die TU Mün-
110 chen mit ihrer Entrepreneurship Education und Gründungsberatung zeigen vorbildhaft, wie
111 Hochschulen bei Innovationen und Startups unterstützen können. Die Technische Univer-
112 sität Hamburg schafft es mit dem Start-Up-Dock, durch das technologieorientierte Innova-
113 tions- und Gründungsprojekte sowie eine lebendige Gründungskultur auf dem Campus
114 entstehen, mit wenigen Mitteln viel zur Gründung von Unternehmen beizutragen. Ähnl-
115 che Modelle sind auf die anderen Hamburger Hochschulen zu übertragen, insbesondere in
116 den technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen. Der Wille dazu muss bereits bei der Be-
117 hörden- und Hochschulleitung vorhanden sein.

118 • **Gründerpreise ausloben:** Damit mehr Menschen bereit sind, das Risiko einer Unterneh-
119 mensgründung einzugehen, müssen die Offenheit für Unternehmertum gefördert und die
120 damit verbundenen Chancen aufgezeigt werden. Hierzu sollte der Innovationspreis wie-
121 derbelebt und ein Schüler-/Studentenpreis für die besten Ideen zur Unternehmensgrün-
122 dung vergeben werden. Die mit einem solchen Preis verbundenen Vermarktungspotentiale
123 für junge Unternehmen sind erheblich.

124 • **Wohn- und Arbeitsumfeld für Studium und Berufsstart vorhalten:** Hamburg als Standort
125 für Bildung, Kreativität, Start-Ups und digitale Wirtschaft ist nur dann zukunftsorientiert,
126 wenn ein entsprechendes Wohn- und Arbeitsumfeld für Studium und Berufsstart vorgehal-
127 ten wird. Dazu müssen eingetretene Pfade verlassen werden. Für Architektur und Ferti-
128 gung gibt es zeitgemäße Lösungen für ein urbanes Umfeld, wie die HafenCity Universität
129 bereits modellhaft entwickelt hat. Auf diesen neuen Wegen muss die Stadtentwicklung
130 Hamburgs vorangebracht werden. Nur so kann Hamburg im Standortwettbewerb ein at-
131 traktives Profil vorweisen.

132 • **Mentoring forcieren:** Um die Vernetzung zwischen Gründern und etablierten Unterneh-
133 mern zu fördern, sind die Kammern und Wirtschaftsverbände angehalten, ein gemeinsames
134 Mentoring-Programm zu entwickeln. Gerade die Vernetzung und der Austausch innerhalb
135 eines Clusters fördert das Entstehen von Innovationen.

136

137 **Vernetzen und verbinden - Wettbewerbsfähige Infrastruktur schaffen**

138 Mit seinem großen Seehafen und der guten Anbindung an das Hinterland ist Hamburg der bedeu-
139 tendste Logistikstandort in Deutschland. Für die Cluster Maritime Wirtschaft, Luftfahrt, Life-
140 Science, Gesundheitswirtschaft, Erneuerbare Energien und IT & Medien ist eine zuverlässige logis-
141 tische Anbindung an die Weltmärkte von entscheidender Bedeutung. Damit wir diese Sonderstel-
142 lung nicht verspielen, sind wir auf eine effiziente und moderne Infrastruktur angewiesen. Für den
143 Hamburger Hafen und seine Flächen brauchen wir ein neues zukunftsfähiges Geschäftsmodell.

144 • **Länderübergreifende Zusammenarbeit:** Die Vernetzung auf ministerieller und administ-
145 rativer Ebene mit den Landesregierungen und Behörden der anderen norddeutschen Bun-
146 desländer ist unabdingbar, um Verkehrsplanung gemeinsam gestalten und zusammen Prio-
147 ritäten setzen zu können. Nur so können Zeit gespart und effizient Planrecht geschaffen
148 werden. Die Realisierungsgeschwindigkeit von Infrastrukturprojekten muss deutlich ge-
149 steigert werden, dazu kann die Auslagerung an externe Dienstleister sinnvoll sein.

150 • **Ausbau des Verkehrsnetzes vorantreiben:** Stark frequentierte Routen des transeuropäi-
151 schen Verkehrsnetzes führen durch Hamburg. Die Folge sind Staus und die Blockade des
152 durchfahrenden Güterverkehrs. Dieser Zustand wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche
153 Leistungsfähigkeit des Standortes aus. Daher fordern wir den zügigen Weiterbau der A20
154 sowie den Neubau der sogenannten Hafenuferspanne (A26 Ost). Beide Projekte sind im
155 jüngst von der CDU-geführten Bundesregierung beschlossenen Bundesverkehrswegeplan
156 für den vorrangigen Ausbau vorgesehen. Generell werden diese Ausweichstrecken den
157 Verkehr in Hamburg merklich entlasten. Jetzt müssen die betroffenen Bundesländer Ham-
158 burg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gemeinsam abgestimmt zügig alle Vorausset-
159 zungen für eine schnelle Umsetzung schaffen.

160 Bei der Hinterlandanbindung des Hafens muss Hamburg insbesondere beim Schienenver-
161 kehr und der Binnenschifffahrt seine starke Stellung behaupten. Dafür bedarf es zusätzli-
162 cher Investitionen.

163 • **Hafeninfrastruktur besser vernetzen:** Wir brauchen eine bessere strategische Priorisie-
164 rung und Vernetzung hafenrelevanter Verkehrsinfrastruktur. Sonst können weder die Ka-
165 pazitäten des Hafens effektiv genutzt noch die Gütertransporte ökologisch und ökonomisch

166 misch sinnvoll gestaltet werden. Dazu sollte auch die Verkehrspolitik rund um den Hafen
167 stärker aus einer Hand erfolgen und die Verkehrsabteilung der Hamburg Port Authority
168 (HPA) mit dem Amt für Verkehr und Straßenwesen der Wirtschaftsbehörde sowie dem
169 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer enger verzahnt werden.

- 170 • **Mitwirkungsrechte überprüfen:** Um bei großen Infrastrukturprojekten deren zügige Um-
171 setzung und die Bürgerbeteiligung in ein ausgewogenes Verhältnis zu setzen, muss bspw.
172 beachtet werden, dass eine reine Anliegerbeteiligung nicht sinnvoll ist, wenn ein Projekt
173 Auswirkungen auf die ganze Stadt und darüber hinaus hat. Das Planungs- und Genehmi-
174 gungsrecht selbst muss gestrafft werden. Klagen von Umweltverbänden sollten auf Verfah-
175 rensfragen beschränkt werden und sich nicht länger auch auf materielle Fragen erstrecken.
- 176 • **Hafen neu ausrichten:** Hamburg muss sich von dem Gedanken verabschieden, hauptsäch-
177 lich als Container-Hafen überleben zu können. Um eine erfolgreiche Zukunft zu haben,
178 sollte sich der Hafen stärker in Richtung Universalhafen entwickeln, d.h. weniger auf den
179 Containerumschlag fokussieren. Stattdessen sollte der Schwergut-Umschlag und der Um-
180 schlag hochwertiger Technologieprodukte verknüpft mit vor- und nachgelagerten Logistik-
181 dienstleistungen stärker in den Blick rücken und der Hafen als Hub für strategisch wichtige
182 Wachstumsbranchen entwickelt werden. Dies können für Hamburg z.B. die Bereiche Medi-
183 zintechnik und Life Science sein. Auch der Umschlag von Massengut wie z. B. Getreide ist
184 bei dem Wachstum der Weltbevölkerung ein Zukunftsmarkt mit großen Potentialen.
- 185 • **Planungssicherheit für die Hafengebiete:** Immer wieder werden im Senat und der Öffent-
186 lichkeit Pläne für die Nutzung von begehrten Hafengebieten diskutiert. Auch zwecks Wohn-
187 bebauung waren diese bereits im Gespräch, ohne für die Hafengewirtschaft einen entspre-
188 chenden Ausgleich zu schaffen. Dies ist inakzeptabel. Als wirtschaftlicher Kern unserer
189 Hansestadt müssen die Hafengebiete in enger Abstimmung mit der Wirtschaft entwickelt
190 und nicht zweckentfremdet werden. Dazu bedarf es eines klaren Hafengebietenentwicklungsplans,
191 der Planungssicherheit für die Hafengebiete schafft.
- 192 • **Luftfahrtcluster Hamburg sichern:** Der Hamburger Flughafen ist Teil des Aviation Clus-
193 ters in der Metropolregion Hamburg und stellt ohne mittelbare Effekte mehr als 15.000
194 Arbeitsplätze zur Verfügung. Auch der Hamburger Flughafen steht im Wettbewerb mit an-
195 deren Standorten in Deutschland und Europa. Die Lage des Flughafens in der im Zusam-
196 menhang bebauten Stadt bedarf einer langfristigen städtebaulichen Sicherung der Flä-
197 chenbedarfe der mit dem Flughafen verbundenen Wirtschaft. Hamburg muss in einem
198 Masterplan die städtebauliche Zukunft des Flughafens und der mit dem Flughafen verbun-
199 denen Betriebe sichern. Dabei ist bereits mittelfristig die Ausweisung weiterer Gewerbe-
200 flächen erforderlich.

201 **Digitalisierung forcieren und nicht behindern**

202 Nicht nur unser privates Leben ist mittlerweile stark durch die Digitalisierung geprägt. Noch aus-
203 geprägter sind deren Folgen für die Wirtschaft. Die deutsche Informations- und Kommunikations-
204 technik-Branche trägt heute mit knapp 85 Milliarden Euro mehr zur gewerblichen Wertschöpfung
205 bei als traditionelle Branchen wie z.B. der Maschinen- oder Automobilbau. Hamburg hat sich zum
206 Ziel gesetzt, „Digitale Stadt“ zu werden. Dabei sind aber gerade die zur Stadt gehörenden Instituti-
207 onen weit von diesem Anspruch entfernt und bei der städtischen digitalen Infrastruktur gibt es
208 massiven Nachholbedarf.

- 209 • **E-Government verbessern:** Damit die „Digitale Stadt“ in den Ämtern und Behörden Realiti-
210 tät wird, muss der Senat ein E-Government Konzept entwickeln. So wird Kommunikation
211 zwischen den Ämtern, mit Unternehmen und vor allem mit Bürgern verbessert. In diesem
212 Zusammenhang ist auch zu prüfen, welche Behördengänge für die Beantragung von Do-
213 kumenten oder Genehmigungen zwingend erforderlich sind und was zukünftig online be-
214 antragt werden kann.
- 215 • **Einheitliche Plattformen schaffen:** Derzeit haben viele Behörden ihre eigenen Plattfor-
216 men, die jedoch weder einheitlich noch vernetzt sind. Damit die Serviceleistungen erhöht
217 werden können, muss eine Plattform für alle Ämter geschaffen werden. So wird die Vernet-
218 zung untereinander ausgebaut und effizienter gestaltet. Hierzu ist es wichtig, die Beschäf-
219 tigten im Bereich Digitalisierung stärker zu schulen, damit dieses Thema in allen Behörden
220 zur Selbstverständlichkeit wird.
- 221 • **Breitbandausbau massiv vorantreiben:** Um die Chancen der Digitalisierung nutzen zu
222 können und keine Standortnachteile zu schaffen, muss Hamburg den Breitbandausbau
223 massiv vorantreiben. Dabei ist der klare Schwerpunkt auf die wirtschaftlich besonders rele-
224 vanten Regionen wie den Hafen sowie die Industrie- und Gewerbegebiete zu legen. Ham-
225 burg kann es sich nicht leisten, hier weiter den Anschluss zu verlieren.
- 226 • **Öffentliches W-LAN ausbauen:** An den Knotenpunkten des öffentlichen Lebens in der
227 Stadt sowie in öffentlichen Einrichtungen müssen kostenfreie und öffentliche W-LAN Zu-
228 gänge zum Standard werden. Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit der Reform der
229 Störerhaftung dafür bereits die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Hamburg sollte mit gu-
230 tem Beispiel vorangehen und sich dabei an Ländern, in denen das bereits zum Alltag ge-
231 hört, wie z.B. Schweden, orientieren. Daher begrüßen wir die Initiative der W-LAN Spots
232 zwischen Alstertor, Gerhart-Hauptmann-Platz und Ballindamm sowie in der Buslinie M5
233 und fordern die zügige Ausweitung dieser Projekte auf den gesamten Stadtbereich und alle
234 Linien des ÖPNV.

235

236 **Fachkräfte aus- und weiterbilden – vorhandene Ressourcen besser nutzen**

237 An den Hamburger Schulen legt mittlerweile mehr als die Hälfte aller Schüler eines Jahrgangs ihr
238 Abitur ab. Die meisten Abiturienten beginnen daraufhin ein Studium. Die Quote der Studienabbre-
239 cher zeigt jedoch, dass aktuell rund ein Drittel der Studienanfänger ihr Studium schon nach kurzer
240 Zeit wieder aufgeben. Dies ist eine Verschwendung von Bildungsressourcen.
241 Gleichzeitig ist die Lage bei den Ausbildungsberufen sehr schwierig. Mit über 300 Ausbildungsbe-
242 rufen bieten die Hamburger Betriebe insgesamt, und dabei mit ca. 90 Prozent der Stellen vor allem
243 der Mittelstand und das Handwerk, ein vielfältiges Angebot. Von diesen Stellen ist jedoch über ein
244 Drittel vakant und kann mangels geeigneter Bewerber auch nach Monaten nicht besetzt werden.
245 Um hier wirksam Abhilfe zu schaffen, wollen wir Studienabbrecher und Ungelernte für die Ausbil-
246 dung begeistern.

247 Wo das nicht reicht, müssen wir den Bedarf durch geregelte und gesteuerte Zuwanderung decken.
248 Diese drei Ressourcenquellen, die sich aus Studienabbrechern, Ungelernten und Zuwanderern er-
249 geben, müssen viel stärker für die Ausbildung der Fachkräfte von morgen genutzt werden. Konkret
250 bedeutet das:

- 251 • **Image korrigieren:** Um mehr Menschen für Ausbildungsberufe zu begeistern, muss die
252 Ausbildung wieder als hochwertige Alternative zum Studium verstanden werden. Durch
253 das duale Ausbildungssystem in Deutschland stellt die Berufsausbildung eine dem Ba-
254 chelorstudium gleichwertige Berufsqualifizierung dar. Wir fordern daher, dass die OECD
255 unser duales Ausbildungssystem auch so anerkennt und in seinen jährlichen OECD-
256 Berichten dem entsprechenden Bachelor-Studium gleichstellt. Dies würde den Ruf der dua-
257 len Ausbildung in Deutschland wieder stärken und attraktiver machen. Auch im europäi-
258 schen Ausland, das in weiten Teilen von hoher Jugendarbeitslosigkeit geprägt ist, könnte
259 dieses Modell zu einem Vorbild werden.
- 260 • **Gut beraten:** Damit Studienabbrecher eine Ausbildung in Betracht ziehen, ist es notwen-
261 dig, dass sie über diese Möglichkeit gut informiert werden. Deshalb sollte eine Ausbil-
262 dungs- und Studienberatung für jeden Studienabbrecher verpflichtend sein. So kann er-
263 reicht werden, dass die mit ihrem Studium unzufriedenen Studenten umfassend über die
264 Möglichkeiten der Ausbildung und vor allem über die weite Spannbreite der Ausbildungs-
265 berufe informiert werden.
- 266 • **Früh ansetzen:** Mit einer Beratung sollte bereits in der Schule begonnen werden. Gerade
267 an Gymnasien geht viel Potential verloren, da hier besonders viele Schüler unmittelbar da-
268 nach mit einem Studium beginnen. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema
269 Ausbildung und Beruf sollte hier ansetzen und in die Oberstufe besser integriert werden.

270 Vorbild könnte das Model des „P-Seminars“ an bayrischen Gymnasien sein, bei dem
271 Schüler ein Jahr lang in einem Projekt mitarbeiten, das diese bei ihrer Studien- und Be-
272 rufswahl unterstützt und gemeinsam mit außerschulischen Partnern umgesetzt wird.

273 • **Auf Gutes aufbauen:** Um Un- oder nur Angelernte besser zu qualifizieren, leistet das Pro-
274 gramm WeGebAU (**W**eiterbildung **G**eringqualifizierter und **b**eschäftigter älte-
275 rer **A**rbeitnehmer in **U**nternehmen) bereits gute Arbeit, diese soll erweitert werden.

276 • **Hochschulen ausreichend finanzieren:** Die Hamburger Hochschulen sind nach wie vor
277 wichtig für die Bereitstellung von gut ausgebildeten Arbeitskräften. Der Senat muss drin-
278 gend Sorge dafür tragen, dass die Hochschulen besser finanziert werden. Die richtige
279 Schwerpunktsetzung der Hochschulen ist dabei entscheidend. Insbesondere in den
280 MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) werden
281 Fachkräfte ausgebildet, die innovative Unternehmungen erst möglich machen.

282 • **Mit der Zeit gehen:** Die CDU Hamburg geht davon aus, dass gute Fachkräfte in allen
283 Altersklassen vorhanden sind oder ausgebildet werden können. Über berufliche Wei-
284 terbildungsmaßnahmen, lebenslanges Lernen und flexible (selbst gewählte) Renten-
285 übergänge (Flexi-Rente) können mehr Fachkräfte generiert oder gehalten werden. Hier
286 muss Hamburg mit attraktiven Angeboten bundesweit Vorreiter sein und bundespoli-
287 tisch die Initiative ergreifen.

288 • **Gesteuerte Fachkräftezuwanderung fördern:** Auf Grund des demographischen Wandels
289 können Fachkräfte nicht nur aus Deutschland rekrutiert werden. Durch eine bedarfsge-
290 recht gesteuerte Zuwanderung können gezielt Fachkräfte aus dem Ausland angeworben
291 werden. Die CDU Hamburg hat hierzu bereits 2015 den Beschluss eines umfassenden Ein-
292 wanderungsgesetzes gefasst und wird diesen als Hamburger Initiative in das Regierungs-
293 programm der CDU Deutschlands 2017 einbringen.

294

295 **Arbeitsmarktintegration von bleibeberechtigten Flüchtlingen fördern**

296 Hamburg als attraktive Metropole mit starker Sogwirkung ist im besonderen Maße gefordert und
297 in der Lage, die Arbeitsmarktintegration von bleibeberechtigten Flüchtlingen zu ermöglichen. Ziel
298 sollte sein, diejenigen Flüchtlinge, die eine duale Ausbildung absolvieren und Betriebe, die Ausbil-
299 dungsplätze bereitstellen möchten oder dies bereits tun, maximal zu unterstützen. Dieses scheitert
300 bisher allzu oft an bürokratischen Hindernissen, die es dringend abzubauen gilt. Auch sind die her-
301 kömmlichen Ausbildungsgänge für junge Flüchtlinge oft nicht passgenau. Die Zeitarbeit stellt eine
302 große Chance für Flüchtlinge dar, um später in andere Beschäftigungsverhältnisse zu gelangen.

303 Bisher ist der Zugang zur Zeitarbeit jedoch beschränkt. Daher halten wir folgende Schritte für un-
304 bedingt erforderlich:

- 305 • **Berufsschulen öffnen:** Hamburg muss nach bayerischem Vorbild die rechtlichen Voraus-
306 setzungen schaffen, damit auch nicht mehr schulpflichtige junge Flüchtlinge mit Bleibepers-
307 spektive zwischen 18 – und 25 Jahren Zugang zu Berufsvorbereitung AVM-Dual erhalten.
308 Im Rahmen von AV-Dual werden noch schulpflichtige Jugendliche, also im Alter zwischen 16
309 bis 18 Jahren, auf eine Ausbildung vorbereitet, indem sie eine Berufsschule besuchen und
310 Praktika absolvieren. Diese Möglichkeit der Berufsvorbereitung gibt es auch für Flüchtlinge
311 im Rahmen von AVM-Dual, was wir begrüßen. Allerdings sind viele Flüchtlinge, zum Beispiel
312 auf Grund ihrer Fluchtgeschichte, häufig älter als 18 Jahre. In Bayern ist ihnen der Besuch
313 einer ausbildungsvorbereitenden Klasse bis zum 21. Lebensjahr in der Regel und bis zum 25.
314 Lebensjahr bei Bedarf möglich. Gerade für Flüchtlinge, die unser duales Ausbildungssystem
315 nicht kennen, ist die Berufsvorbereitung besonders wichtig.
- 316 • **Auszubildende und Ausbilder vollumfänglich unterstützen:** Flüchtlinge,
317 die in Deutschland eine duale Ausbildung aufnehmen, aber auch ihre Ausbildungsbetriebe,
318 sehen sich erheblichen bürokratischen Hemmnissen gegenübergestellt. Ist ein Asylverfah-
319 ren noch nicht abgeschlossen, stehen ihnen nicht alle Instrumente der Ausbildungsförde-
320 rung zur Verfügung, was auch zu einer Verunsicherung bei den ausbildungsbereiten Unter-
321 nehmen führt. Hamburg muss sich im Land und Bund dafür stark machen, dass für junge
322 Asylbewerber mit hoher Bleibeperspektive und Geduldete ohne Arbeitsverbot ab Abschluss
323 eines Ausbildungsvertrages sämtliche Instrumente der Ausbildungsförderung zur Verfü-
324 gung stehen.
- 325 • **Pilotmodell 3+1 in Hamburg einführen:** Die reguläre dreijährige duale Ausbildung wird
326 häufig kaum ausreichen, um junge Flüchtlinge erfolgreich zum Abschluss ihrer Ausbildung
327 zu führen. Deshalb sollten Handwerkskammer und Handelskammer - in enger Absprache
328 mit ihren jeweiligen Ausbildungsunternehmen - gemeinsam mit dem Senat dem Beispiel
329 bayerischer Kammerbezirke folgen und ein Kombi-Modell mit einer verlängerten 4-jährigen
330 Ausbildung, die einen starken Schwerpunkt auf die deutsche Sprachvermittlung legt, zu-
331 nächst als Pilotmodell für von der Hamburger Wirtschaft besonders nachgefragten Ausbil-
332 dungsgänge anbieten.
- 333 • **Teilzeitausbildung stärken:** Das Modell der Teilzeitausbildung stellt einen Anreiz für junge
334 Flüchtlinge dar, eine in ihren Herkunftsländern nicht bekannte duale Ausbildung überhaupt
335 aufzunehmen und zu beenden und verringert einen vorzeitigen Abbruch der Ausbildung.
336 Die Teilzeitausbildung ermöglicht jüngeren Flüchtlingen, neben der Ausbildung einer einfa-
337 chen Beschäftigung nachzugehen. Diese gäbe ihnen die Möglichkeit, zusätzlich zur oft nicht

338 hohen Ausbildungsvergütung Geld zu verdienen, so dass sie sowohl ihre teilweise angefal-
339 lenen Anwaltskosten zurückzahlen als auch Geld zu ihren Familien in die Fluchtländer schi-
340 cken können. Die Teilzeitausbildung muss bei Auszubildenden und Betrieben verstärkt be-
341 worben werden.

342 • **Chancen der Zeitarbeit besser nutzen:** Wir begrüßen die zeitweise Aussetzung der Vor-
343 rangprüfung für bleibeberechtigte Flüchtlinge im Integrationsgesetz des Bundes. Damit ist
344 in Hamburg auch der Weg für Flüchtlinge in die Zeitarbeit geöffnet. Die Potentiale der Zeit-
345 arbeit müssen bei der Arbeitsintegration zukünftig besser genutzt und beworben werden.
346 Nicht jeder Flüchtling wird eine Ausbildung beginnen oder ein Studium aufnehmen können
347 oder wollen. Gerade für Migranten ohne formale Qualifikation kann sich der Einstieg in den
348 Arbeitsmarkt über die Zeitarbeit als gute Brücke in andere Formen der Beschäftigung er-
349 weisen.

350

351 **Reindustrialisierung zur Priorität machen**

352 Die Industrie ist eine tragende Säule der Wirtschaft in Hamburg. Die rund 600 Hamburger Indust-
353 riebetriebe haben im Jahr 2015 Güter im Wert von 31,1 Mrd. Euro produziert. In der Hamburger
354 Industrie sind rund 120.000 Menschen beschäftigt, d.h. jeder siebte sozialversicherungspflichtig
355 Beschäftigte. Für industrienahen Branchen wie Logistik und Finanzen sowie den Mittelstand und das
356 Handwerk ist eine zukunftsfähige Industrie ebenfalls wichtig. Der Hamburger Hafen ist auf die
357 Wertschöpfung der Industrie in der Metropolregion angewiesen.

358 Neue, radikal veränderte Geschäftsmodelle und eine engere Verknüpfung von Forschung und Ent-
359 wicklung, Produktion, Logistik und Dienstleistung am Standort sind für die Zukunftsfähigkeit uner-
360 lässlich. Hamburg ist gut beraten, bei der Industrie 4.0 eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

361 Die „Renaissance der Küsten“ in der Weltproduktion bietet Hamburg einen natürlichen Standort-
362 vorteil. Die im Verhältnis zum Transport über Land günstige Seelogistik ermöglicht den Erhalt, den
363 Ausbau und die Neuansiedlung von industrieller und gewerblicher Produktion.

364 Der CDU-Senat hat im Jahr 2007 den Masterplan Industrie auf den Weg gebracht und stets ein
365 klares Bekenntnis zum Industriestandort Hamburg abgegeben. Unter dem rot-grünen Senat fehlt
366 ein eindeutiges Bekenntnis völlig. Der Wille für eine Weiterentwicklung des Industriestandortes
367 und eine nachhaltige Ansiedlungspolitik sind nicht erkennbar.

368 • **Klares Bekenntnis:** Die CDU Hamburg bekennt sich klar zum Industriestandort Hamburg
369 und steht für eine aktive Förderung der Industrie. Wir begrüßen die Ausweisung von In-
370 dustrieflächen in den Bezirken und die Neuansiedlung von industriellen Produktionsbe-

371 trieben in Hamburg. Dieses Bekenntnis fordern wir auch vom Hamburger Senat. Der Wirt-
372 schaftsstandort Hamburg darf nicht zur grünen Spielwiese werden.

373 • **Ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen bereitstellen:** Bebauungspläne sind so zu
374 überarbeiten, dass ausreichend qualitativ hochwertige Gewerbe- und Industrieflächen vor-
375 gehalten werden. Der Vorrat an sofort verfügbaren städtischen gewerblichen Flächen muss
376 in der Größenordnung von 100 ha liegen, um die Voraussetzung für zügige Neuansiedlun-
377 gen zu haben. Dazu dürfen der Wohnungsbau auf der einen Seite sowie die Wirtschaft auf
378 der anderen Seite nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hamburg ist nicht nur ein Ort
379 zum Wohnen, sondern auch zum Arbeiten.

380 • **Industrieansiedlung muss hohe Priorität haben:** Hamburg braucht eine aktive und inte-
381 grierte Industrieansiedlungsstrategie von Politik und Behörden. Solch eine einheitliche
382 Strategie für ein abgestimmtes Handeln von Politik, Wirtschaftsförderung, Fachbehörden
383 und Bezirken gibt es bislang nicht.

384 • **Aktive Akquise betreiben:** Außerdem fehlt es noch immer an einer aktiven Akquise für
385 den Standort. Hamburg braucht jemanden, der im In- und Ausland Betriebe für unseren
386 Standort akquiriert und für die Vergabe auch mit den erforderlichen Weisungsbefugnissen
387 ausgestattet ist, um Zusagen umsetzen zu können. Für diese Aufgabe richtet sich derzeit
388 die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) neu aus. Die Ziele sind
389 richtig, der Erfolg muss durch den Senat gewährleistet werden.

390 • **Masterplan Industrie umsetzen:** Zügige Umsetzung und Evaluierung des Masterplans In-
391 dustrie. Mit den Bereichen Flächen für die Industrie, Verkehr als Bedingung für Industrie,
392 Innovationsmetropole Hamburg (inklusive Clusterpolitik), Industrie und Umwelt, Energie
393 für die Industrie, Fachkräfte für die Industrie (inklusive Integration, Inklusion und Gleich-
394 stellung) sowie Akzeptanz der Voraussetzungen für Industrie sind die Schwerpunkte richtig
395 gesetzt. Dies bringt den Standort jedoch nur voran, wenn der Masterplan Industrie für den
396 rot-grünen Senat mehr als ein Lippenbekenntnis ist.

397 • **Energiewende im Norden nutzen:** Durch die hohe Produktion an regenerativer Energie in
398 Norddeutschland, vor allem durch den starken Ausbau der Windkraftanlagen in Schleswig
399 Holstein, hat Hamburg einen Standortvorteil gegenüber den übrigen industriellen Zentren
400 in Deutschland. Dieser Standortvorteil sollte stärker genutzt und über den Cluster Erneuer-
401 bare Energien ausgebaut werden. Hamburg muss sich stärker auf die Produktion und
402 Entwicklung von Technologien rund um erneuerbare Energien und damit verbundene logis-
403 tische Dienstleistungen konzentrieren. In der Energiewende liegt für Hamburg eine große
404 Chance, zukunftsfeste Arbeitsplätze am Standort zu schaffen.

405 • **Verkehrsplanung in Industriegebieten überarbeiten:** Wirtschaftsverkehre sollen grund-
406 sätzlich bei Planungen für ein Industriegebiet Vorrang haben. Für ausgewiesene Industrie-

407 gebiete sowie für Verbindungsstrecken zu oder von Industriegebieten ist das Miteinander
408 der unterschiedlichen Verkehrsmittel anders zu definieren als in Stadtgebieten. Die unter-
409 schiedlichen Verkehrsmittel, wie LKW, PKW, Fahrrad und Fußgänger, müssen daher in ihrer
410 Bedeutung für das Industriegebiet gewichtet werden. Wirtschaftsverkehre – auch breite
411 Sonder- und Schwertransporte – sind bei der Planung mit zu berücksichtigen. Die Planung
412 des öffentlichen Raums sollte gemeinsam mit Unternehmern der Logistikbranche und vor
413 Ort ansässigen Unternehmen vorgenommen werden.

414

415 **Hamburg braucht mehr Einsatz für die Wirtschaft**

416 Die CDU Hamburg ist überzeugt, dass unsere Stadt große Potentiale hat. Wir haben fleißige Men-
417 schen, tatkräftige Unternehmerinnen und Unternehmer und eine zentrale Lage als wichtiger Ver-
418 kehrsknotenpunkt in Nord- und Mitteleuropa. Diese Voraussetzungen müssen wir nutzen, indem
419 Hamburg Raum für Innovationen schafft, Gründungen erleichtert, Bürokratie abbaut, die Ver-
420 kehrswege ausbaut, sich auf die Digitalisierung einstellt und für neue Arbeitskräfte durch eigene
421 Ausbildung oder durch Anwerbung sorgt. Dies vermischen wir derzeit beim regierenden rot-grünen
422 Senat. Hamburg braucht mehr Einsatz für die Wirtschaft. Weltweit operierende Unternehmen bli-
423 cken sehr genau auf die Entwicklung in Hamburg. So spielt z.B. die Elbvertiefung für Reedereien
424 rund um den Globus eine große Rolle und ist Voraussetzung für langfristige Investitionsentschei-
425 dungen. Ob Hamburg auf der weltwirtschaftlichen Landkarte weiter eine Rolle spielt, hängt von
426 den jetzt zu treffenden Entscheidungen ab. Der Handlungsdruck ist groß. Deshalb erheben wir die
427 vorstehend genannten Forderungen.